

Friedenspoker in Nahost

Vor gut einem Jahr wählte Israel den ehemaligen Generalstabschef Ehud Barak zum neuen Ministerpräsidenten.

Es war ein glänzender Wahlsieg, doch die Regierungsbildung erwies sich als schwierig, weil die beiden großen politischen Lager, Arbeitspartei und Likud, zugunsten der kleinen Klientelparteien erneut Stimmen verloren hatten. Barak bildete eine breite Koalition aus acht Parteien, die der Regierung eine stabile Mehrheit in der Knesset verschaffen sollten.

Stabilität verspricht die Koalition allerdings nur mit Blick auf die Zahl der Mandate, auf die sich die Regierung stützen kann. Ihre gesellschaftspolitisch äußerst heterogene Zusammensetzung läßt Streit fast unausweichlich erscheinen. Zwischen den religiösen und den säkularen Kräften in der Regierung schwelt ein Dauerkonflikt über die Rolle der Religion in Staat und Gesellschaft. Er hatte bereits im Wahlkampf eine bedeutende Rolle gespielt¹, zur Entfremdung zwischen den Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion und Ministerpräsident Benjamin Netanjahu geführt und die verheerende Wahlniederlage des Amtsinhabers besiegelt. Der Friedensprozeß, der das Land bei der Wahl 1996 noch entzweit hatte, war für die Entscheidung der Wähler inzwischen zweitrangig – so als sei acht Jahre nach dessen Beginn in Madrid die Beilegung des Nahostkonflikts bereits beschlossene Sache.² Von den Nationalreligiösen, die als Interessenvertretung der Siedler in der Westbank auftreten, ist dennoch Widerstand in der Frage territorialer Kompromisse zu erwarten. Zweckbündnisse zwischen den Ultraorthodoxen, die Verbündete für die Durchsetzung ihrer eigenen gesellschaftspolitischen Agenda sowie für die Finanzierung ihres Erziehungswesens benötigen, und den Nationalreligiösen können Baraks komfortable Mehrheit rasch schrumpfen lassen.

Gleichwohl verband sich mit dem Regierungswechsel die Hoffnung, daß der Friedensprozeß wieder an Fahrt gewinnen würde. Der Jubel, mit dem mehrere zehntausend Israelis in der Wahlnacht die Abwahl des Likud-Führers feierten, mag den Sieger beflügelt haben, als er seinen Terminkalender machte. Noch vor den Päsidentenwahlen in den USA sollen die abschließende Regelung der Palästina-Frage, ein Abkommen mit Syrien über die Golanhöhen sowie die Räumung des Südlibanon unter Dach und Fach sein. Es ist fraglich, ob sich dieser ehrgeizige Zeitplan einhalten läßt.

Weder die palästinensische noch die syrische Agenda waren daran ausgerichtet, dem neuen israelischen Premier das Regieren leichter zu machen. Denn wie dieser stehen sowohl der Palästinenserpräsident als auch der syrische Staatschef unter innenpolitischem Legitimationsdruck, der ihnen eine allzu augenfällige Kompromißbereitschaft gegenüber Israel verbietet.

Palästina auf Raten

Am 4. September 1999 unterzeichneten Barak und Arafat im ägyptischen Sharm el-Sheikh das Memorandum ("Wye 2") zur Umsetzung der Vereinbarungen, die ein Jahr zuvor im amerikanischen Wye River getroffen worden waren.³ Von dem dort beschlossenen Abzug der israelischen Truppen aus insgesamt 13% der Westbank hatte Baraks Amtsvorgänger Netanjahu nur 2% umgesetzt. Wye 2 übernahm die territorialen Bestimmungen der Wye-Vereinbarungen, setzte aber für ihre Implementierung notgedrungen neue Fristen. Überdies legten sich die Parteien auf ein neues Datum für ein Endstatusabkommen fest: Ein "Friedenspakt" soll den Palästina-Konflikt bis zum 13. September 2000, wenn sich die Unterzeichnung der israelisch-palästinensischen Prinzipienklärung (Oslo 1) zum siebten Mal jährt, umfassend und abschließend regeln.

Am 21. März 1999 übergab Israel weitere Teile der Westbank an die Palästinenser. Nunmehr verwaltet die palästinensische Autonomiebehörde neben 80% des Gazastreifens 40% der Westbank – wovon zunächst über die Hälfte unter israelischer Sicherheitskontrolle verbleibt. Doch der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern dürfte kaum wie vorgesehen bis zum 13. September dieses Jahres beigelegt sein. Die Parteien sind insbesondere in Angelegenheiten, die den Status Jerusalems und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge⁴ betreffen, noch weit voneinander entfernt. Beide Probleme tangieren für Palästinenser wie Israelis Kernelemente nationaler Identität. Sollte der angestrebte "Friedenspakt" sie ausklammern – er verdiente dann allerdings kaum diesen Namen –, wird sich der Oslo-Prozeß vermutlich noch über Jahre hinziehen.

Der gefeierte Aufbruch von 1993 hat seither viel von seinem ursprünglichen Glanz verloren. Die Enttäuschung der Palästinenser über das magere Zwischenergebnis dürfte ihre Zustimmung zu Arafats Verhandlungskurs weiter sinken lassen.⁵ Gewalt in dem palästinensischen Gemeinwesen, das in wenigen Monaten vermutlich "Palästina" heißen wird, kann Israel nicht unberührt lassen. Auf dem Spiel steht unter anderem die Sicherheit der jüdischen Siedlungen, die, wenn es nach Jerusalem geht, unter israelischer Souveränität verbleiben. Die palästinensische Führung könnte mit der schwierigen

Aufgabe konfrontiert sein, sie gegen eine gewaltbereite palästinensische Opposition schützen zu müssen, und es ist kaum anzunehmen, daß es hierbei rechtsstaatlich zugehen wird.

Welche Grenzen im Golan?

Die nach fast vierjähriger Pause wiederbelebten israelisch-syrischen Verhandlungen über die Golanhöhen erbrachten keine Einigung über den künftigen Grenzverlauf und den damit verbundenen Zugang zu den Wasserreserven des oberen Jordan und des Sees Genezareth. Daß nur vier Wochen nach Gesprächsbeginn erneut Stillstand auf diesem Schauplatz des Nahostkonflikts herrschte, überrascht insofern, als der territoriale Disput mit technischen Regelungen bei der Frühwarnung und der Wasserversorgung lösbar erscheint. Eine Konfliktlösung müßte jedoch einige innen- und außenpolitische Hürden nehmen. Die Mehrheit der Israelis ist gegen den Verzicht auf die Kontrolle der Wasservorkommen, von denen die Versorgung des Landes in hohem Maße abhängt, und das syrische Regime befindet sich in der schwierigen Phase eines Machttransfers von Präsident Hafez Assad auf seinen Sohn Bachar, dessen ungestörter Verlauf durch eine Rücknahme des Anspruchs auf jeden Fußbreit des Golan gefährdet werden kann.

Überdies wird es Frieden zwischen Israel und Syrien nicht geben, ohne daß US-Gelder fließen. Israel erwartet für den "Verlust" des Golan Ersatzleistungen für seine militärische Sicherheit sowie Unterstützung für die Umsiedlung der 17000 israelischen Golansiedler; Syrien verspricht sich Finanzspritzen für die nur schleppend verlaufende Modernisierung seiner bürokratisch erstarrten Wirtschaft. Doch die im Kongreß tief verwurzelte Antipathie gegen das diktatorische und vom State Department der Unterstützung des internationalen Terrorismus bezichtigte Regime in Damaskus, aber auch die Kritik an den israelischen Waffengeschäften mit der Volksrepublik China erschweren in Zeiten des US-Wahlkampfes die großzügige finanzielle Abfederung eines Friedensschlusses zwischen den beiden stärksten Militärmächten des Nahen Ostens.

Rückzug Israels aus Südlibanon

Für die Erfüllung eines der zugkräftigen Wahlversprechen Baraks, die Räumung der seit 18 Jahren besetzten sogenannten Sicherheitszone in Südlibanon, wurden am 17. April dieses Jahres die diplomatischen Weichen gestellt. Israel teilte den Vereinten Nationen formell die Absicht mit, seine Soldaten gemäß Resolution 425 des UN-Sicherheitsrates bis zum 7. Juli 2000 aus dem Territorium

des Nachbarstaates abzuziehen. Der Rückzug ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß in Libanon Frieden einkehrt und das Grenzgebiet sich von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des schmutzigen Krieges erholt. Die schleichende Katastrophe in der besetzten Zone – rund 10% des libanesischen Territoriums – läßt sich an der Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen ablesen: Die Einwohnerzahl sank seit Beginn der Besetzung von ursprünglich 800000 auf heute 70000.⁶

Gewiß zieht die israelische Entscheidung in erster Linie die Konsequenz aus der Erfahrung, daß die Besetzung keinen Sicherheitsgewinn für Israel darstellt. Sie ist aber auch dazu gedacht, Syrien seines südlibanesischen Faustpfandes zu berauben. Denn gestützt auf seine 30000 Soldaten in Libanon dominiert Syrien seit 1990, als es den 15 Jahre währenden libanesischen Bürgerkrieg beendete, die Außen- und Sicherheitspolitik Beiruts. Damaskus sichert bisher die Nachschubwege für die Milizen der libanesischen Hizbollah, die gegen die israelische Besetzung kämpfen, und setzt den Preis, den Israel in diesem Krieg zu entrichten hat – jährlich sterben durchschnittlich 20 israelische Soldaten im Grenzgebiet – , als Druckmittel ein, um Konzessionen Jerusalems im Streit um den Golan zu erwirken. Ohne "Sicherheitszone" und ohne die hier operierende Guerilla hat Syrien wenig in der Hand, um Israel die Rückgabe des ganzen Golan schmackhaft zu machen.

Die Reverenz, die Jerusalem dem Völkerrecht erwies, war ein kluger diplomatischer Schachzug, der seine Wirkung nicht verfehlte. Beirut, das die Forderung nach Abzug der israelischen Truppen stets mit Verweis auf Resolution 425 untermauert hatte, konnte seine Ablehnung eines Rückzugs ohne israelisch-syrisches Abkommen nicht lange aufrechterhalten. Und bei einem Treffen der Außenminister Syriens, Ägyptens und Saudi-Arabiens Anfang Mai bröckelte auch der syrische Widerstand gegen die Entscheidung in Jerusalem. Die Außenminister riefen die Vereinten Nationen auf, nach Räumung der besetzten Zone den Frieden im Grenzgebiet mit internationalen Truppen zu sichern.

Stimmt Damaskus der Friedenssicherung im Grenzgebiet durch internationale Peacekeeping-Einheiten zu, wird es allerdings auch dafür Sorge tragen müssen, daß die Milizen ihre Aktivitäten dort einstellen. Wenn dies nicht geschieht und die Kämpfer der libanesischen Hizbollah – deren bewaffneter Arm eine wesentliche Bedingung für politischen Einfluß in Beirut darstellt⁷ – ihren Kampf nach dem israelischen Rückzug fortsetzen und israelisches Territorium bedrohen sollten, wäre eine direkte Konfrontation zwischen israelischen und den in Libanon stationierten syrischen Streitkräften nicht auszuschließen. Denn bei fortgesetzten Nadelstichen der libanesischen – oder reaktivierter palästinensischer – Milizen wird Israel die Verantwortung Syriens nicht unbegrenzt ignorieren. Bereits im Januar und Februar dieses Jahres, als in einer Angriffsserie der Hizbollah sieben israelische

Soldaten den Tod fanden, wurde in Israel der Ruf nach Vergeltungsmaßnahmen laut, die endlich einmal auch den syrischen Truppen einen Preis abverlangen sollten.

Es wäre eine bittere Ironie, wenn Israel, das seit dem Sechstagekrieg 1967 fortwährend Völkerrecht verletzt, endlich der Forderung der Vereinten Nationen nach Rückzug seiner Truppen aus dem Nachbarstaat Folge leisten würde und dies mit einer gefährlichen Verschlechterung seiner Beziehungen zu Syrien bezahlen müßte.

1 Vgl. Angelika Timm, Israel auf dem Weg zur Theokratie? In: "Blätter", 8/1999, S.927-931 (930).

2 Vgl. Avishai Margalit, Israel: Why Barak Won, in: "The New York Review", 13/1999, S.47-51 (50).

3 Vgl. Margret Johannsen, Wye Plantation ist nicht Camp David, in: "Blätter", 12/1998, S.1426-1431 (1429).

4 Vgl. Petra Weyland, Die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon und der Nahost-Friedensprozeß, Seminar für Geschichte und Kultur des Vorderen Orients, Occasional Papers Nr. 2, Dezember 1999.

5 Vgl. die Umfrage des Center for Palestine Research & Studies in Nablus vom 30. März – 1. April 2000: www.cprs-palestine.org/polls/2000/poll48a.html.

6 Vgl. Walid Charara und Marina da Silva, Die realpolitische Wende der Hizbollah in Südlibanon, in: "Le Monde Diplomatique" (dt. Ausgabe), 12.11.1999, S.12-13.

7 Vgl. Nicholas Blanford, Hizbollah: Lebanon's heir apparent? In: "Jane's Intelligence Review", 11/1999, S.28-33.